

POLITIK

DEUTSCHLAND

HOCHWASSER

Kabinetts legt Verteilung von Fluthilfen fest

Die Hilfen für die Opfer des Juni-Hochwassers an Elbe und Donau können jetzt ausgezahlt werden. Das Bundeskabinetts hat dafür die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Der entsprechenden Verordnung muss der Bundesrat in einer Sondersitzung am Freitag noch zustimmen. Der von Bund und Ländern aufgelegte Hilfsfonds hat ein Volumen von acht Milliarden Euro. Zunächst sollen 3,25 Milliarden Euro verteilt werden. 40 Prozent der Summe gehen an Sachsen-Anhalt, das unter den Folgen der Überschwemmungen besonders gelitten hat. Die gesamten Schäden dort summieren sich auf 2,7 Milliarden Euro. Bislang wurden 104 Anträge von Privatpersonen auf Geld aus dem Fluthilfsfonds bewilligt. Im ersten Schritt würden rund 2,2 Millionen Euro bereitgestellt, sagte der Magdeburger Regierungssprecher Rainer Metke der „Welt“. Sobald die Betroffenen den Bewilligungsbescheid unterschreiben und mit Angabe der Kontonummer zurückgeschickt hätten, werde das Geld überwiesen. In Bayern wurden bereits die ersten 45.000 Euro an eine Familie in Deggendorf ausgezahlt. *dia*

LINKSEXTREMISMUS

Polizei findet bei Razzia in Berlin Brandsätze

Nach Anschlägen mutmaßlicher Linksextremisten in Berlin hat die Polizei bei einer Razzia vorbereitete Brandsätze gefunden. Rund 400 Beamte rückten am frühen Mittwochmorgen aus und durchsuchten acht Wohnungen. Die Polizei ermittelt wegen eines Anschlags mit Brandsätzen auf Polizisten am Kottbusser Tor in Berlin-Kreuzberg im Juni und wegen Attacken gegen Jobcenter. Bei der Durchsuchung in einem linksalternativen Wohnprojekt in der Rigaer Straße seien Brandsätze, unerlaubte Pyrotechnik und Stacheldraht entdeckt worden, sagte Polizeisprecher Stefan Redlich. „Es wurden mehrere Kisten mit Beweismitteln rausgeschleppt.“ Auch ein Hubschrauber war bei der Razzia im Einsatz. Festnahmen gab es nicht. Im Juni hatten etwa 40 Vermummte in Berlin-Kreuzberg Polizisten mit Steinen und Brandsätzen attackiert. Dabei verfehlte laut Polizei ein Brandsatz nahe dem Kottbusser Tor eine 27 Jahre alte Polizistin nur knapp. Ein Brandsatz traf außerdem einen Einsatzwagen, der in Flammen aufging. Im Mai hatten Unbekannte Fassaden von Jobcentern in verschiedenen Stadtteilen beschädigt und die Parteizentrale der Berliner SPD mit Steinen und Farbbeuteln attackiert.

MINDESTLOHN

83 %

der Deutschen sind für die Einführung eines bundeseinheitlichen und branchenübergreifenden Mindestlohns. Das geht aus einer Forsa-Umfrage im Auftrag von RTL hervor. Nur 14 Prozent sprachen sich gegen einen solchen Mindestlohn aus. Zugleich waren 64 Prozent der Befragten gegen Steuererhöhungen, wie sie SPD und Grüne planen; nur 32 Prozent befürworteten höhere Abgaben.

URTEIL

Auch Tagesmutter erfüllt Rechtsanspruch auf Kita-Platz

Kommunen können Eltern für die Betreuung ihres unter dreijährigen Kindes eine Tagesmutter zuweisen. In einer Eilentscheidung bestimmte das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster, dass dem Wunsch der Eltern nach einer Kita-Betreuung nicht entsprochen werden müsse, wenn dort kein Platz mehr vorhanden sei. Das OVG hob damit eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Köln vom 18. Juli 2013 auf. Dieses hatte die Stadt verpflichtet, den ab 1. August geltenden Rechtsanspruch auf Betreuung durch einen wohnortnahen Kita-Platz zu erfüllen. In ihrer Beschwerde bestand die Stadt dagegen auf eine wohnortnahe Betreuung durch eine Tagesmutter oder einen Betreuungsplatz in einer fast sechs Kilometer entfernten Kita. Zwar können nach Auffassung der OVG-Richter Eltern grundsätzlich zwischen gleich geeigneten Arten der frühkindlichen Förderung wählen. Stehe aber nur ein Platz bei der Tagesmutter zur Verfügung, werde mit diesem Angebot der Rechtsanspruch erfüllt. Das Gericht ließ aber offen, ob ein über fünf Kilometer entfernter Kita-Platz in einem Ballungsraum noch wohnortnah sei.

Merkels Datendämmerung

Snowdens Enthüllungen haben jetzt konkrete politische Folgen. Die Bundesregierung will deutsche Bürger im Internet besser schützen



Abhörstation im Voralpenland: Am Standort Bad Aibling bei Rosenheim sammelt der Bundesnachrichtendienst Daten, die er mit dem US-Dienst NSA teilt

MANUEL BEWARDER

Nach langen, heftigen und manchmal zum Wahlkampfgetöse werdenden Wortgefechten über die internationalen Ausspähprogramme der Nachrichtendienste ist zumindest eines klar: Edward Joseph Snowden, geboren am 21. Juni 1983 in North Carolina, wird als einer der größten Verräter – oder wahlweise auch Enthüller – in die US-Geschichte eingehen.

Der ehemalige Mitarbeiter des amerikanischen Nachrichtendienstes National Security Agency (NSA), ein intelligenter IT-Experte ohne abgeschlossenes Studium, hat massenweise streng geheimes Material seines einstigen Arbeitgebers mitgehen lassen – und damit der ganzen Welt gezeigt, wie umfassend das Internet überwacht werden kann. Nach den amerikanischen Gesetzen ist das ein klassischer Gesetzesbruch. Allerdings zeigen die weltweiten Reaktionen auch, dass Snowden eine Debatte über Sicherheit und Freiheit im Internetzeitalter angestoßen hat. Nicht nur in den Vereinigten Staaten – sondern auch in Deutschland: Die Bundesregierung hat erste Vorbereitungen für ein Anti-Spionage-Abkommen mit den USA getroffen. Und die Kanzlerin will die Kontrollmöglichkeiten des Bundestages über die Nachrichtendienste stärken.

In einem Interview mit dem britischen „Guardian“ hatte der Enthüller gleich zu Beginn der Affäre gesagt, er wolle den USA nicht schaden. Er hoffe jedoch, dass sich die politischen Leitlinien ändern würden. Das könnte wirklich klappen. Denn das Internet und Datenschutz sind in der großen Politik ange-

kommen. US-Präsident Barack Obama hat gerade erst eine Reform der Dienste angekündigt. Mehr Transparenz und Kontrolle sollen dabei herauskommen. Man habe wohl irrtümlich angenommen, Wortgefechten über die internationalen Ausspähprogramme der Nachrichtendienste ist zumindest eines klar: Edward Joseph Snowden, geboren am 21. Juni 1983 in North Carolina, wird als einer der größten Verräter – oder wahlweise auch Enthüller – in die US-Geschichte eingehen.

Auch die Bundesregierung legt jetzt los. Bisher war sie vor allem damit beschäftigt, sich gegen den Vorwurf zu wehren, sie kooperiere bei einer massenhaften Verletzung der Grundrechte von Deutschen. Nachdem Kanzleramtschef Ronald Pofalla diese Behauptung jedoch widerlegt haben will, versucht die Regierung, in die Offensive zu kommen. Dazu hat die Bundesregierung nun konkrete Pläne präsentiert, die auch Daten deutscher Bürger sicherer machen sollen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärte nach der Rückkehr aus ihrem Sommerurlaub in einem Interview, die Nachrichtendienste sollten besser kontrolliert werden können. Das Parlament solle „mehr Möglichkeiten bekommen, hier zuzugreifen“, sagte die CDU-Chefin im TV-Sender Phoenix. Es müsse klar gesagt werden: „Ihr seid nicht außerhalb der demokratischen Rechtsordnung, sondern ihr seid auch dafür verpflichtet ..., bestimmte Dinge auch transparent zu machen.“ Merkel betonte jedoch auch, Nachrichtendienste würden gebraucht. Die Kanzlerin greift damit Vorschläge auf, die zuvor von Innenexperten der Regierungsparteien und der Opposition geäußert wurden. Unklar bleibt jedoch die Ausgestaltung des Vorhabens.

Ein wichtiger Schritt für mehr Datensicherheit soll zudem das geplante Anti-Spionage-Abkommen mit den USA sein. Erste Gespräche zu dem Thema hat es nach Regierungsangaben bereits gegeben. Ein zentraler Punkt soll eine genaue Regelung nachrichtendienstlicher Aktivitäten sein. Hinzu kommen sollen: keine Verletzung des jeweiligen nationalen Rechts, kein Ausspähen von Regierung, Behörden oder diplomatischen Vertretungen, keine gegenseitige Spionage. Es soll also nicht gegen die Interessen des Partnerlandes verstoßen werden. Nach dem Willen der Bundesregierung wird dabei ausdrücklich auch Wirtschaftsspionage ausgeschlossen. Regierungssprecher Steffen Seibert betonte am

und die rechtspolitischen Folgen seien „Neuland“. Im Internet erntete Merkel dafür viel Kritik: Das Netz gebe es bereits seit Jahrzehnten! Merkel beweise, dass sie von vorgestern sei! Die Politik versuche, ihre Untätigkeit zu vertuschen! Mittlerweile, ein paar Wochen später, sieht es aber so aus, als ob Merkels Neuland-Begriff am Anfang eines netzpolitischen Bildungsromans stehe.

Viele Politiker, die immer versuchten, die Gesetze und Regeln der analogen Welt auf die digitale zu übertragen, haben offenbar erkannt, dass das Netz anders funktioniert – und immer mehr das Leben außerhalb der Cyberwelt beeinflusst. Hervorzuheben ist hierbei der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Hans-Peter Uhl. Der CSU-Politiker, der über Jahre hinweg immer einer der Ersten war, der vor den Gefahren des

Internet warnte, betätigt sich nun als Netzerklärer, der versucht, die Bevölkerung beim digitalen Umbruch mitzunehmen. Uhl sprach im Parlament von einer „tief greifenden Vertrauenskrise in die Kommunikation“. Nach einer Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums zum Ausspähen der NSA erklärte Uhl, er habe nun erfahren, wie Kommunikation durch Glasfaserkabel verlaufe.

Die Erkenntnis: Das Netz dieser Leitungen umspannt den gesamten Erdball, und es geht dabei nicht um den kürzesten, sondern den günstigsten Weg. Wer in Deutschland eine E-Mail an eine Adresse in Deutschland verschickt, muss damit rechnen, dass das Datenpaket einen Umweg übers Ausland einlegt. Man

„Unser Verhältnis zu den USA ist von Vertrauen geprägt“

Steffen Seibert, Regierungssprecher

Mittwoch: „Unser Verhältnis zu den USA ist nicht von Misstrauen geprägt, sondern von Partnerschaft und Vertrauen.“

Das Bundeskabinetts hat zudem wie im Juli angekündigt ein Maßnahmenpaket zur IT-Sicherheit beschlossen. Deutschland und Europa müssten sich in der IT-Technologie aus der Abhängigkeit von den USA lösen, heißt es in der Kabinettsvorlage. An den großen Datenknotenpunkten des Internets etwa gebe es nur chinesische und amerikanische Hersteller, aber keinen einzigen europäischen. „Ob das gut ist, wage ich zu bezweifeln“, sagte Merkel in ihrem Interview.

Es sind erstaunliche Äußerungen für eine Regierungschefin, die noch Mitte Juni erklärt hatte, der digitale Wandel

Internet warnte, betätigt sich nun als Netzerklärer, der versucht, die Bevölkerung beim digitalen Umbruch mitzunehmen. Uhl sprach im Parlament von einer „tief greifenden Vertrauenskrise in die Kommunikation“. Nach einer Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums zum Ausspähen der NSA erklärte Uhl, er habe nun erfahren, wie Kommunikation durch Glasfaserkabel verlaufe.

Die Erkenntnis: Das Netz dieser Leitungen umspannt den gesamten Erdball, und es geht dabei nicht um den kürzesten, sondern den günstigsten Weg. Wer in Deutschland eine E-Mail an eine Adresse in Deutschland verschickt, muss damit rechnen, dass das Datenpaket einen Umweg übers Ausland einlegt. Man

Asylbewerber-Ansturm überfordert viele Kommunen

Angesichts einer Verdoppelung der Anträge schlagen Koalitionspolitiker Alarm. Große Probleme bei Unterbringung

LAURA RÉTHY

Die Zahl der Menschen, die in Deutschland Asyl beantragen, steigt weiter rasant. Stellten im Juli des vergangenen Jahres 4498 Menschen einen Erstantrag auf Asyl, waren es zum gleichen Zeitpunkt in diesem Jahr 9516 Anträge. Das ist ein Anstieg um knapp 112 Prozent. Im gesamten Jahr 2012 lag die Zahl der Erstantragsteller bei 64.539. In diesem Jahr beantragten allein bis Juli 52.754 Menschen erstmals in Deutschland Asyl.

Der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Wolfgang Bosbach (CDU), fordert vom Bund, die Kommunen mit der großen Zahl der Asylbewerber nicht allein zu lassen. „Einige Kommunen haben die Grenzen der Belastbarkeit erreicht. Und es heißt schon einiges, wenn sogar Kommunalpolitiker der SPD das sagen. Äußern sich CDU-Politiker in dieser Richtung, ist es Rassismus“, sagte er der „Welt“. Auch Bundesinnenmin-

ister Hans-Peter Friedrich (CSU) nannte die Zahlen in der „Augsburger Allgemeinen“ „alarmierend“ und sicherte eine schnellere Bearbeitung der Anträge zu. Die Spitzenkandidatin der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, reagierte empört auf die Aussage Friedrichs. „Wir müssen uns mit den Ursachen von Flucht – etwa in Syrien oder Afghanistan – auseinandersetzen, anstatt mit Hardliner-Rhetorik die realen Ursachen zu verleugnen.“

Seit 1992 ging die Zahl der Asylbewerber immer weiter zurück, sodass auch die Zahl der Unterkünfte verringert wurde. Das stellt die Länder jetzt vor große Probleme bei der Unterbringung. Wolfgang Bosbach mahnte deswegen, alles zu vermeiden, was Fluchtanreize schaffen könnte, und spielt damit unter anderem auf die immer wieder laut werdende Forderung nach einer Abschaffung des Arbeitsverbots für Asylbewerber an.

„Es ist egal, ob das Arbeitsverbot neun Monate oder ein Jahr dauert. Aber würde man das Arbeitsverbot ganz aufheben,

würde sich diese Nachricht in Windeseile verbreiten und die Menschen würden nach Deutschland strömen. Damit würden wir letztlich auch die Schlepper unterstützen“, sagte Bosbach der „Welt“.

Die Schlepper sind es wohl auch, die die hohen Zahlen der Erstanträge aus der Russischen Föderation begünstigen, nämlich allein im Juli 1588 und damit so viele wie aus keinem anderen Land. 90 Prozent der Antragsteller sind tschetschenischer Herkunft. Die große



Wolfgang Bosbach (CDU) fordert Unterstützung für die Kommunen

Masse an Bewerbern aus der Russischen Föderation erklärt sich vermutlich durch Gerüchte, die sich in der Region verbreiten. Man erzählt sich, Deutschland sei bereit, 40.000 Tschetschenen aufzunehmen. „In einigen Dörfern verkaufen ganze Straßen ihr gesamtes Vermögen, um die Schlepper zu bezahlen“, sagt Svetlana Gannuschkina, Leiterin der Nichtregierungsorganisation Bürgerlicher Beistand. Sie vermutet Schlepper als Quelle der Gerüchte. Dass die Menschen den Lügen glauben, hänge vor allem mit der Aussichtslosigkeit der Situation zusammen.

Doch die hohe Zahl tschetschenischer Asylbewerber macht den Behörden Sorgen. Denn nach Erkenntnissen des Inlandsgeheimdienstes leben in Deutschland rund 200 Anhänger des tschetschenischen Terroristen und Kopfs der Terrorgruppe Kaukasisches Emirat, Doku Umarov. „Die führenden Köpfe des Kaukasischen Emirats in Deutschland sind beinahe allesamt vor nicht allzu langer

müsse die Realität anerkennen, so Uhl: Der Schutz im Internet hat technische Grenzen. Es bedarf internationaler Lösungen. Uhls Resümee: Die Enthüllungen von Snowden sind ein Weckruf für den Staat und die Bürger.

Dabei steckte in den nahezu wöchentlich eintrudelnden Meldungen über die enge Kooperation zwischen amerikanischen und deutschen Nachrichtendiensten vor allem für die Regierungsparteien politischer Sprengstoff – zumal die Bundestagswahl nur noch knapp entfernt ist.

Erst in dieser Woche gelang der vermeintliche Befreiungsschlag, als Kanzleramtschef Pofalla eine Erklärung präsentierte, wonach sich die NSA und der britische Geheimdienst am Recht und Gesetz in Deutschland halten würden. Der Hauptvorwurf, die NSA begehe in der Bundesrepublik millionenfachen Grundrechtsbruch sei haltlos. De facto erklärte Pofalla die Affäre für beendet. Nur: War das voreilig? Zumindest ist fraglich, welchen Wahrheitsgehalt man der ungeprüften Versicherung der NSA beimessen darf. Gerade erst stellte sich heraus, dass US-Geheimdienstchef James Clapper dem Kongress noch im März über das Ausmaß der NSA-Programme nicht die Wahrheit gesagt hatte.

Man muss zudem davon ausgehen, dass die NSA die Möglichkeit hat und davon Gebrauch macht, massenhaft Daten von Deutschen abzufangen, zu speichern und auszuwerten. Dafür sprechen nicht nur die Erkenntnisse über Spähwerkzeuge wie die Software XKeyscore. Tatsache ist auch, dass sich die NSA in den USA nur an dort geltendes Recht halten muss und damit Daten von Deutschen bei amerikanischen Internetanbietern auswerten darf. Selbst Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) bezweifelt, dass sich die USA in einem Abkommen zum Verzicht auf das Ausspähen von Kommunikation aus Deutschland bereit erklären würden. „Ich glaube kaum, dass sich die Amerikaner von irgendjemandem vorschreiben lassen, was sie in ihrem eigenen Land machen“, sagte Kauder der „Märkischen Allgemeinen“.

Dieser Punkt interessiert denn auch weiterhin die Opposition: Sie will genau wissen, in welchem Umfang Deutsche ausgespäht werden und wie die Ausforschung genau abläuft. Auch am kommenden Montag wird darüber im Kontrollgremium geredet werden. Regierungssprecher Seibert sagte in der Bundespressekonferenz nun, noch immer seien nicht alle Fragen der Regierung an die USA beantwortet, da der Prozess der Deklassifizierung (Aufhebung des Status „geheim“) von Informationen andauere. Wird die Spähaffäre also vielleicht doch weiter für Schlagzeilen sorgen? Wohl kaum.

Die Attacken der Sozialdemokraten sind merklich weniger geworden, nachdem die Regierung darauf hingewiesen hat, dass ausgerechnet in der Amtszeit Frank-Walter Steinmeiers als Kanzleramtschef die Kooperation mit den amerikanischen Diensten intensiviert wurde. Hinzu kommt, dass die Bevölkerung zwar unzufrieden ist mit der Aufklärung – doch als Thema im Wahlkampf zündet der Spähskandal nicht. Auf der Liste der wichtigen Themen landete er laut ZDF-„Politbarometer“ lediglich auf Platz zwölf. Und vielleicht fällt die Debatte sogar auf die Parteien zurück: Der Innenausschussvorsitzende Wolfgang Bosbach (CDU) warnte, am Ende würde wahrscheinlich keine Partei von der heftigen Diskussion profitieren: „Die Bürger merken, dass es den meisten Politikern nicht um Aufklärung, sondern lediglich um Schuldzuweisung geht.“

Zeit als Asylbewerber ins Land gekommen“, sagte ein Verfassungsschutzler Anfang August der „Welt“.

Nach der Russischen Föderation kommen die meisten Antragsteller aus Syrien. Im Juli waren es laut Bundesinnenministerium 999 Personen. Im März hatte Innenminister Friedrich angekündigt, Deutschland werde ein Kontingent von 5000 Syrern aufnehmen. Die ersten von ihnen sind bereits da, die Mehrheit wird in den nächsten Wochen erwartet.

Doch der starke Anstieg der Asylanträge hat mit den Kontingentflüchtlingen wenig zu tun. Denn sie bekommen in Deutschland direkt nach ihrer Ankunft einen Aufenthaltsstatus, müssen also keinen Antrag auf Asyl in Deutschland stellen. Auch die Flüchtlinge aus dem sogenannten Resettlement-Programm, die Deutschland aus Drittstaaten aufnimmt, werden nicht in die Zahl der Asylantragsteller hineingerechnet. So kamen zuletzt Mitte Juli knapp 100 Iraker am Flughafen in Hannover an.